

Kiesberg soll noch zehn Jahre bleiben

Depot in Hindelbank Nach 30 Jahren müsste der Kieslagerplatz Gyssberg stillgelegt und revitalisiert werden. Der Betreiber will die Schliessung hinauszögern.

Urs Egli

Wer sich allein vom Titel des ersten Traktandums der Versammlung der Einwohnergemeinde Hindelbank leiten lässt, wird am Montagabend, 14. Juni, zu Hause bleiben. Das wäre ein Fehler. Denn die Vorlage «Genehmigung der Änderung der Überbauungsordnung Gyssberg, Verlängerung der Nutzung als Kieszone» birgt durchaus Diskussionsstoff. Im Zentrum steht die Frage: Darf die K.+U. Hofstetter AG den Kieslagerplatz weitere zehn Jahre nutzen? Dies, weil die Bewilligung in etwas mehr als einem Monat abläuft.

Die Vorgabe

Im Gyssberg – ein Gebiet zwischen Autobahn A1 und SBB-Linie – wurde früher Kies abgebaut. Doch das ist lange her. Wo einst das Grien abgetragen wurde, erhebt sich jetzt ein Berg von Steinen. Dass an diesem Ort Kies gelagert werden darf, ist in der Überbauungsordnung Gyssberg geregelt. Seit 1991 ist das so. Doch nun, nach 30 Jahren, wäre eigentlich Schluss. Das zur Alluvia AG gehörende Unternehmen, das in Hindelbank ein Betonwerk betreibt, müsste den Platz räumen und das Gelände wieder landwirtschaftlich nutzbar machen. Es sei denn, die Gemeindeversammlung stimmt einer Verlängerung zu.

Die Brummer

Am Ja des Souveräns zum Gesuch des Hindelbanker Unternehmens zweifelt kaum jemand. Gerade mal eine Eingabe wurde bei der vor gut einem halben Jahr erfolgten Mitwirkung gemacht. Gemeinderatspräsident Daniel Wenger geht zwar von einer Zustimmung aus. Möglich sei aber, dass Verkehrsfragen zu einer Diskussion im Plenum führen



Die Firma Hofstetter will den Kies weitere zehn Jahre nahe ihrem Betonwerk (im Hintergrund) zwischenlagern. Foto: Beat Mathys

könnten. Grundsätzlich sei es aber so, dass das Betonwerk ein Stück weit zum Dorf gehöre. Will heissen: Man hat sich in den letzten Jahrzehnten an die schweren Brummer gewöhnt. Das temporäre Weiterbestehen des Depots macht ökologisch und ökonomisch Sinn. Denn so kann verhindert werden, dass Lastwagen halb leer vom Abbaugelände Silbersboden/Äspli in Mattstetten zum Betonwerk in Hindelbank fahren müssen, nur weil auf einer Baustelle eine geringe Menge Beton benötigt wird. Dank dem Zwischenlager kann der Kies per Förderband zur Verarbeitung transportiert werden. Übrigens: Für jeden Kubikmeter

Beton sind rund zwei Tonnen Kies nötig.

Das Verfahren

Bleibt die Frage: Weshalb wird der im Silbersboden/Äspli abgebaute Kies überhaupt nach Hindelbank gekarrt und nicht gleich bei der Grube in Mattstetten zu Beton verarbeitet? Dies umso mehr, weil bekannt ist, dass in Mattstetten bis im Jahr 2050 Kies abgebaut werden darf. Ein neues Werk sei zwar geplant, sagt der Hindelbanker Gemeinderatspräsident, doch die Abklärungen und das Planungsverfahren für einen neuen Standort nähmen viel Zeit in Anspruch. Mit einer Änderung der Überbauungsvorschriften würde

die Frist bis zur Rekultivierung um zehn Jahre, bis am 16. Juli 2031, verlängert. Das kantonale Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) war zum Schluss gekommen, dass eine Verlängerung nur einmalig zulässig sei. «Vor diesem Hintergrund ist die Frist von zehn Jahren angemessen, da in diesem Zeithorizont auch bei unerwarteten Planungshindernissen bei der Standortsuche noch ein zeitlicher Puffer besteht», heisst es in einem Bericht der Gemeinde. In ihrer Mitwirkungseingabe hatte die SP Hindelbank die Bemühungen für einen neuen Standort für das Betonwerk zwar begrüsst. Die vorgesehene Verlängerung der Frist bis zur Rekultivierung um zehn

Jahre erachtete die Partei jedoch als zu lang. Acht Jahre müssten genügen. Das AGR hat grundsätzlich nichts gegen die zehnjährige Frist einzuwenden. Es verlangt jedoch, dass die Befristung bereits drei Jahre nach der Genehmigung der Zone für ein neues Kieswerk in Mattstetten endet. Sagt die Gemeindeversammlung am 14. Juni jedoch wider Erwarten Nein zur Verlängerung der Nutzung als Kieslager, müsste dieses stillgelegt werden. Der Kies müsste in diesem Fall – selbst für Kleinmengen – von Mattstetten nach Hindelbank transportiert werden. Für die Dorfbewohner hätte dies wohl einen erheblichen Mehrverkehr zur Folge.

Tunnel in der Nacht gesperrt

Umfahrung Kirchberg Während dreieinhalb Wochen finden im Tunnel der Umfahrung Kirchberg nachts Bauarbeiten statt. Der Verkehr wird umgeleitet.

Die A1 zwischen Kirchberg und Kriegstetten wird aktuell umfassend erneuert. Im selben Zug wird auch der Tunnel der Umfahrung Kirchberg saniert. Ebenso würden, wie das Bundesamt für Strassen (Astra) mitteilt, weitere Bauwerke, die sowohl die A1 als auch die Umfahrungsstrasse betreffen, instandgesetzt.

Die bauliche Sanierung des Umfahungstunnels sei bereits weitgehend abgeschlossen. «Im Winter und Frühjahr war es aber noch zu kalt, um die Oberflächenbeschichtung aufzutragen», heisst es in der Mitteilung des Astra weiter. Dies sei nun aber möglich. Die nötigen Arbeiten finden demnach in den nächsten rund dreieinhalb Wochen statt. Dazu müsse die Umfahrung Kirchberg jeweils in der Nacht komplett für den Verkehr gesperrt werden.

Wegen Aushärtung: Keine Teilspernung möglich

Eine Teilspernung sei nicht möglich, weil der Tunnel während der Aushärtung der Beschichtung jeweils verkehrsfrei sein müsse, schreibt das Astra in der Mitteilung. Die Sperrungen sind von der Bauherrschaft wie folgt geplant: 10. Juni bis 3. Juli, jeweils in den Nächten von Montag auf Dienstag bis Freitag auf Samstag, immer von 20 bis 5 Uhr. Folglich werde der Verkehr während dieser Zeit in beiden Richtungen umgeleitet, so die Information.

Etwa im Spätsommer werde dann noch die neue Betriebs- und Sicherheitsausrüstung im Umfahungstunnel eingebaut. «Danach sind die Arbeiten im Bereich der Umfahrung Kirchberg weitgehend beendet», hält das Bundesamt für Strassen fest.

Urs Egli

Die SVP-Vize verstösst gegen das Datenschutzgesetz

Herzogenbuchsee Die Empörung im Frauenverein ist gross: Die Co-Präsidentin hat ihre Adressen für politische Zwecke missbraucht.

Woher haben die meine Adresse? Diese Frage haben sich offenbar mehrere Mitglieder des Frauenvereins Herzogenbuchsee gestellt, als sie Ende April Post von der SVP erhielten. Die Ortspartei hatte im Hinblick auf die Gemeindewahlen im Herbst einen Wahl- und Spendenaufruf verschickt. Auch an Vereinsfrauen, die nicht in einem öffentlichen Verzeichnis zu finden sind. «Genau aus dem Grund, da sie keine solchen Briefe wollen», heisst es in einem anonymen Schreiben, das diese Zeitung erhalten hat.

Bald einmal war für die Frauen klar, dass es nur einen Weg geben kann, wie die SVP an ihre Kontaktdaten gelangt ist: durch Co-Präsidentin Monika Lang, die zugleich Vizepräsidentin der Partei und Mitglied der Sozialkommission Herzogenbuchsee ist.

«Skandalöser Umgang»

Monika Lang habe auf Nachfrage hin zugegeben, dass sie einige Adressen aus dem Verzeichnis des Frauenvereins genommen habe, heisst es. Auf Druck

habe sie einen Entschuldigungsbrief an die betroffenen Mitglieder geschrieben. Auch der liegt dieser Zeitung vor, genauso wie der Wahl- und Spendenaufruf.

Trotz der Entschuldigung: Die Empörung bei einigen Frauen sei gross, heisst es in dem anonymen Schreiben, in dem von einem «skandalösen Umgang» mit dem Datenschutzgesetz die Rede ist. «Eine Person, welche mehrere (öffentliche) Ämter innehat, Einfluss nehmen kann und Verantwortung trägt, begeht einen Verstoß gegen das Datenschutzgesetz? Ist eine solche Person überhaupt noch tragbar in all ihren Ämtern?» Dazu kandidiere sie für die Gemeinderatswahlen. Die Öffentlichkeit könne im Herbst entscheiden, ob eine Person, welche die Dinge nicht trennen könne, wirklich Einsitz in den Gemeinderat nehmen solle.

Die Verfasser verweisen auch auf die Statuten des Frauenvereins. Gemäss Artikel 1 ist dieser ein ideeller, politisch unabhängiger und überkonfessioneller Verein.

Doch hat Monika Lang mit ihrem Vorgehen wirklich eine Grenze überschritten? Die Antwort darauf liefert das Bundesgesetz über den Datenschutz. Gemäss diesem dürfen Personendaten «nur zu dem Zweck bearbeitet werden, der bei der Beschaffung angegeben wurde, aus den Umständen ersichtlich oder gesetzlich vorgesehen ist». Der Verwendungszweck der Daten muss also

bereits bei der Beschaffung angegeben worden sein.

In diesem Zusammenhang werde von der sogenannten Zweckbindung gesprochen, sagt Ueli Buri, der Datenschutzbeauftragte des Kantons Bern. «Als Vereinsmitglied muss mir von Anfang an klar sein, wie meine Daten verwendet werden.» Die Formulierung, dass es aus den Umständen ersichtlich sein müs-

se, erlaube im Normalfall – nämlich wenn der Verein gar keine Angaben mache – einzig die Mitgliederverwaltung, sagt Buri.

Die weitergehende Verwendung der Daten müsse aber in den Statuten des Vereins klar festgehalten sein. Oder es müsse von den Mitgliedern eine Einwilligung vorliegen. Ist beides nicht der Fall, seien die Persönlichkeitsrechte der Vereinsmitglieder verletzt worden, sagt Ueli Buri.

Sie kandidiert trotzdem

Dass sie demnach gegen das Datenschutzgesetz verstossen hat, das bestreitet Monika Lang auf telefonische Anfrage nicht. «Ich weiss, dass ich einen Fehler begangen habe. Den kann ich nicht wieder rückgängig machen.» Sie habe ihr Handeln damals in der Hektik des Alltags falsch eingeschätzt. Zu keinem Zeitpunkt habe sie irgendwem schaden wollen.

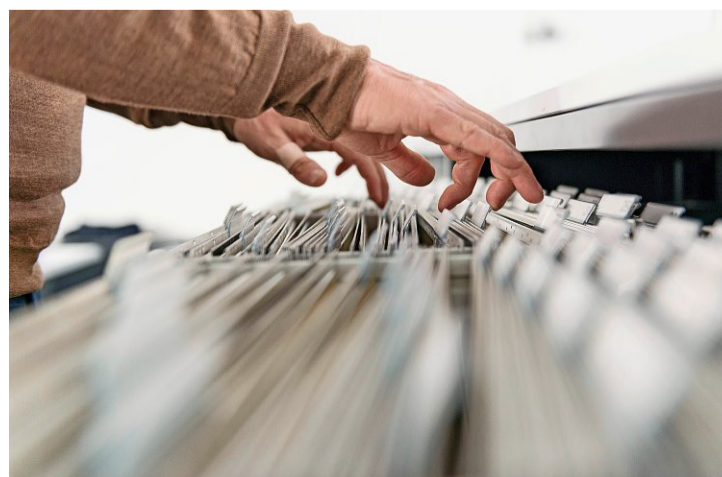
Trotzdem könne sie die Empörung und den Ärger der Vereinsmitglieder nachvollziehen, sagt Lang. «Ich hätte ihre Einwil-

ligung einholen müssen.» Der Vorfall habe sie zum Nachdenken über das Datenschutzgesetz angeregt. «So etwas wird mir nicht noch einmal passieren.»

Von den insgesamt 225 Mitgliedern des Frauenvereins hat rund die Hälfte den Wahl- und Spendenaufruf der SVP zugeschickt bekommen. Sie habe sich bei diesen Personen schriftlich entschuldigt, bestätigt Lang. Dass sie den Entschuldigungsbrief, wie behauptet wird, erst auf Druck hin verschickt habe, bestreitet sie jedoch. Sie selbst habe den Entschluss getroffen, sich entschuldigen zu wollen. «Gewissen Vereinsmitgliedern ging es damit aber offenbar nicht schnell genug.»

Monika Lang bestätigt, dass sie für die Buchser Gemeinderatswahlen im September kandidieren wird. Sie habe sich entschieden, trotz dieses Vorfalls an ihrer Kandidatur festzuhalten, sagt sie. Die Partei selbst will zu den Vorwürfen keine Stellung nehmen.

Sebastian Weber



Mehrere Adressen aus dem Verzeichnis des Frauenvereins wurden für einen Spendenaufruf der SVP genutzt. (Symbolbild) Foto: Keystone